

Terminvereinbarung

1 Dienstleistung • Personalausweis beantragen

2 Datum

Bitte wählen Sie ein Datum: ■ verfügbar ■ ausgebucht

September 2021							Oktober 2021						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
		01	02	03	04	05					01	02	03
06	07	08	09	10	11	12	04	05	06	07	08	09	10
13	14	15	16	17	18	19	11	12	13	14	15	16	17
20	21	22	23	24	25	26	18	19	20	21	22	23	24
27	28	29	30				25	26	27	28	29	30	31

Ein inzwischen schon gewohntes Bild: Termine im Bürgeramt – Mangelware. Dieser Screenshot des Terminbuchungsportals vom 17. August zeigt auch für September und Oktober eigentlich durchgehend rot. Nur an einem einzigen Tag gibt es noch vereinzelte Resttermine – in Heiligensee, Zehlendorf und Tegel. Nicht weiter verwunderlich, dass sich die Gesichtsfarbe vieler Bürger*innen an die dominierende Tabellenfarbe anpasst – rot. Termine auf dem Amt: Ein vieldiskutiertes Thema in der Stadt und in dieser Ausgabe des SGK-forums.

Klimaschutz ist dringend notwendig – und ist nicht zum Nulltarif zu haben. Corona drückt auf die Kassen – auf die der privaten Haushalte, der Unternehmen, der öffentlichen Hand. Der Immobilienboom dreht die Preisspirale immer weiter in ungeahnte Höhen. „Wer soll das bezahlen?“ ist längst keine Frage mehr, die nur im Karnevalsschlager gestellt wird. Inzwischen fragen sich das mit bangem Blick ganz real auch viele Familien, die eigentlich zu den Durchschnittsverdienern zählen – und schauen auf die Vorstellungen, mit denen die Politik diese Herausforderungen angehen will. „Wer soll das bezahlen?“ taugt durchaus zur Generalfrage bei den anstehenden Wahlen. Die SPD hat dazu klare Konzepte, die Raed Saleh und Michael Müller skizzieren. **Seiten 3 bis 5**

Der Gang aufs Amt ist in Berlin nach wie vor mühsam, erfordert gute Nerven und kann in der Regel nur nach einer zeitraubenden Hatz nach einem der wenigen verfügbaren Termine angetreten werden. Den Berlinerinnen und Berlinern perlt inzwischen die Stirn bei der Vorstellung, auch nur etwas Banales wie einen neuen Personalausweis beantragen zu müssen. Ob es neue Erkenntnisse bei der Ursachenforschung oder gar Lösungsansätze gibt, ist nachzulesen ab **Seite 6**

SGK Berlin:

Neuer Vorstand der SGK Berlin

Seite 2

Raed Saleh:

Bezahlbare Stadt

Seite 3

Michael Müller:

Gute SPD-Politik

Seite 4

Oliver Igel:

Bürgerämter stärken

Seite 6

Frank Nägele:

Verwaltungsmodernisierung

Seite 7

Sabine Smentek:

Termin beim Bürgeramt?

Seite 8

Cansel Kiziltepe:

Baulandmobilisierungsgesetz

Seite 9

Rona Tietje:

Jugend: Generation Corona?

Seite 10

Gaby Bischoff:

Demokratie am Arbeitsplatz

Seite 11

Stabwechsel bei der SGK – ein Wort des Dankes

von Horst Porath

Unsere Vorstandswahlen im Mai waren eine denkwürdige Veranstaltung. Denkwürdig, da sie coronakonform elektronisch stattfand und manche alte weiße Männer unter uns zu diesem Zweck extra ins Neuland gereist waren.

Denkwürdig insbesondere aber auch für mich, da ich nach über zwanzig Jahren nicht mehr als Vorsitzender zur Wahl stand. Auch nun, ein paar Wochen nach dem Stabwechsel fühlt es sich noch ein wenig ungewohnt an, nicht mehr die Verantwortung für die kommunalpolitische Gemeinschaft der Berliner SPD zu tragen. Aber keineswegs gewöhnungsbedürftig. Rentner haben ja bekanntlich so wie so keine Zeit und jede Befürchtung nach aufkeimender Langeweile ist unbegründet.



Zudem wurde ich von der Versammlung zu meiner Überraschung zum Ehrenvorsitzenden der SGK Berlin ernannt. Ich möchte mich für diese wirkliche Auszeichnung an dieser Stelle sehr herzlich bedanken. Sie bietet mir immerhin die Legitimation, in der hinteren Reihe mit dem Pultdeckel zu klappern und mit klugen Einwüfen zu glänzen.

Dies wird vermutlich aber gar nicht notwendig sein. Mit Sascha Schug und seinem Team im neuen geschäftsführenden Vorstand ist es gelungen, das Zepter an eine jüngere und in der Berliner Kommunalpolitik erfahrene Generation zu übergeben, die neue Impulse und Akzente in der Arbeit der SGK setzen wird.

Viele Inhalte und Themen werden der SGK indes erhalten bleiben, wie sich auch in dieser Ausgabe des „forums“ wieder nachlesen lässt. Zu Beginn meiner Tätigkeit in den Jugendjahren der SGK waren die Struktur und die Arbeitsweise der Berliner Verwaltung ein großes Thema. Daran hat sich bis heute nichts geändert und es wird, so meine Prognose, auf absehbare Zeit auf der Agenda bleiben.

Ich möchte mich bei den vielen Mitstreitern der vergangenen Jahre sehr herzlich für die konstruktive, manchmal kontroverse, immer aber nach vorn schauende Zusammenarbeit bedanken und wünsche dem neuen Vorstand und Sascha Schug ein glückliches Händchen bei den anstehenden Aufgaben.

Euer Horst Porath

SGK Berlin wählt neuen Vorstand

Auf der Jahreshauptversammlung der SGK Berlin e.V. im Mai 2021 wurde ein neuer Vorstand gewählt.

- Vorsitzender ist **Sascha Schug**.
- Zu seinen Stellvertreter*innen wurden **Rona Tietje, Ellen Haußdörfer, Irene Köhne** und **Asad Mahrad** gewählt.
- Die Schriftführung liegt bei **Thomas Bohla**.
- **Wolfgang Kornau** ist neuer Schatzmeister der SGK Berlin.

Auf das üblicherweise hier zu erwartende Gruppenbild muß verzichtet werden, da die Versammlung als Videokonferenz stattfand. Wir holen es bei den demnächst hoffentlich wieder coronafrei stattfindenden Präsenztreffen nach.

Die nächste Ausgabe

Heft 107 erscheint Mitte November 2021.

Redaktionsschluss ist am 08.11.2021.

Redaktionelle Beiträge sind wie immer erwünscht. Bitte termingerecht per e-Mail an info@sgk-berlin.de schicken.

Impressum

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für
Kommunalpolitik in Berlin e.V. – SGK Berlin –
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel 030 / 46 92 – 134, Fax 030 / 46 92 – 116

Vorsitzender: Sascha Schug

Mail an Redaktion und Vorstand: info@sgk-berlin.de

Redaktion:

Sascha Schug (V.i.S.d.P.), Heiko Hanschke,
Hans-Ulrich Oel, Norbert Przesang

Satz & Layout: Heiko Hanschke

Druck: KSH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Bankverbindung der SGK Berlin e.V.:

IBAN DE96 1005 0000 0190 5140 86
bei der Berliner Sparkasse

Unsere Vision von der Bezahlbaren Stadt

von Raed Saleh

In wenigen Wochen geht die aktuelle Legislaturperiode des Berliner Abgeordnetenhauses zu Ende. Ein guter Zeitpunkt, um das Erreichte Revue passieren zu lassen. Neben der Corona-Pandemie war die vergangene Wahlperiode vor allem von einem Thema geprägt: der Frage, ob sich alle Berlinerinnen und Berliner in Zukunft ihre Stadt noch leisten können. Denn galoppierende Mieten und der Verlust der kleinen Geschäfte wie Schuster, Schneidereien oder auch der ein oder anderen Stammkneipe bereiten vielen Menschen Sorgen. Von Anfang an hat die SPD-Fraktion auch in dieser Legislatur alles darangesetzt, unserer Vision von der Bezahlbaren Stadt näher zu kommen.

Bei der Bildung viel erreicht

Gerade junge Familien haben wir durch zentrale finanzielle Erleichterungen spürbar entlastet. So muss jetzt kein Kind mehr in der Grundschule einem anderem beim Mittagessen zusehen. Alle Grundschulkindern bekommen ein kostenloses warmes Essen, niemand wird heute mehr von diesem wichtigen sozialen Gemeinschaftserlebnis ausgeschlossen. Auch die BVG kann jetzt jedes Schulkind in Berlin nutzen, egal wie dick der Geldbeutel der Eltern ist. Und auch die ersten beiden Hortjahre in der Grundschule sind kostenfrei. Wie wir finden, ein ganz zentraler Punkt für die Entlastung gerade junger Familien und Alleinerziehender. Wenn die Kinder klein sind, gibt es kaum jemanden, der nicht jeden Euro zweimal umdrehen muss. Mit unserer Entlastungsoffensive im Schulbereich sind wir unserer Vision von der Bezahlbaren Stadt ein gutes Stück nähergekommen. Darauf können wir wirklich stolz sein.

Mehr Schutz für MieterInnen

Berlin ist Mieterstadt. Vier von fünf Menschen in der Stadt wohnen zur Miete. Und so war, ist und bleibt das ganz große Thema für so gut wie alle Berlinerinnen und Berliner die Bezahlbarkeit ihrer eigenen vier Wände. In den vergangenen zehn Jahren sind die Mieten in ganz Berlin stark gestiegen und viele Menschen machen sich Sorgen, ob sie weiterhin im Zentrum der Stadt wohnen können. Die Idee des Mietendeckels geht auf eine Initiative der SPD zurück, wurde dann jedoch im Namen des gesamten Senats umgesetzt. Leider ist dieses Gesetz auf Betreiben der CDU vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gekippt worden. Mit der Begründung, dass dem Land Berlin in dieser Frage keine Gesetzeskompetenz obliege. Ich sage aber auch ganz deutlich: unser Weg wurde abgelehnt, aber das Ziel bleibt.

Und trotz des Urteils aus Karlsruhe hat der Senat natürlich dennoch einen Handlungsspielraum. So gilt der Mietendeckel weiterhin für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Aber auch Großunternehmen wie etwa der Vonovia-Konzern verzichteten nach der Entscheidung aus Karlsruhe auf Mietnachzahlungen.

Aber unser Ziel ist und bleibt natürlich, dass wir für alle Mieterinnen und Mieter in Berlin mehr Schutz schaffen. Wenn wir dies allein als Land Berlin nicht dürfen, dann müssen wir dies eben auf Bundesebene erreichen. Und genau deswegen sind die kommenden Wahlen in Berlin, aber auch auf Bundesebene so wichtig. Für die SPD wird der Mieterinnen- und Mieterschutz in der nächsten Bundesregierung ganz oben auf der Agenda stehen.

Was dies konkret bedeutet, haben wir in den vergangenen fünf Jahren in Berlin bewiesen. Wir haben darauf hingewirkt, dass die Milieuschutzgebiete in Berlin stark ausgeweitet worden sind. Inzwischen gibt es mehr als 70 solcher sozialen Erhaltungsgebiete, in denen strenge Vorschriften für die Sanierung von Mietwohnungen,

deren Umbau oder das Zusammenlegen von Einheiten gelten. Um die soziale Verdrängung aus den Kiezen effizient zu stoppen, haben wir außerdem das Umwandlungsverbot noch einmal verschärft. So ist es nun nur noch unter erheblichem Aufwand und nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Bezirks möglich, dass Miethäuser in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Damit ist die Luxussanierung und die Gentrifizierung immer neuer Gebiete erheblich erschwert worden. Neben Vorschriften, Verboten und dem Neubau werden wir aber auch weiterhin versuchen, mit den großen Wohnungskonzernen im Gespräch zu bleiben und so immer neue Mietsteigerungen in den kommenden Jahren so weit wie möglich abzufedern.



Raed Saleh

Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Abgeordnetenhaus

Wie sich in den bisherigen Ausführungen zeigt, ist die Vision von der „bezahlbaren Stadt für alle“ eine knappe Formel, hinter der sich jedoch eine große Idee verbirgt. Wir wollen die Stadt in all ihren Facetten für die Menschen bezahlbar und damit lebenswert halten. Die grundlegende Philosophie dahinter ist, eine zutiefst sozialdemokratische, dass es in erster Linie der Staat ist, der den Menschen Schutz und Geborgenheit sichern kann. Gerade bei den grundlegenden Bedürfnissen der Menschen darf es nicht von den Launen einzelner abhängen, ob sich die Menschen noch eine Wohnung, Bildung, oder generell Teilhabe am gesellschaftlichen Leben leisten können.

Ein starker Staat schützt

In meinem Grundverständnis hat der Staat eine aktive Rolle. Er hat die Rolle zu regulieren, Grenzen zu setzen oder Anreize zu schaffen. Gerade in der Arbeits- und Sozialpolitik hat hier der Senat in Berlin erhebliche Spielräume, die wir ebenfalls in der vergangenen Legislatur genutzt haben. Wir haben dort, wo das Land Berlin Verantwortung trägt, die sachgrundlose Befristung abgeschafft. Weil: Jeder Mensch braucht eine Perspektive in seinem Job. Und auch gleiche Arbeit im gleichen Unternehmen muss gleich bezahlt werden. In meinen Augen ist das eine Selbstverständlichkeit. Und deswegen haben wir die sachgrundlose Befristung und die Ungleichbehandlung von Angestellten in manchen Unternehmen, in jedem Fall dort wo wir als Land Berlin Verantwortung tragen, beendet. Um unserer Vision der Bezahlbaren Stadt für alle noch einen Schritt näher zu kommen, haben wir den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben. Wer für Berlin, für ein landeseigenes Unternehmen oder für ein Unternehmen, das Auftragnehmer beim Land ist, arbeitet, der hat nun einen Anspruch auf diesen Mindestlohn. Darauf bin ich sehr stolz, dass wir das geschafft haben. Aber es ist in meinen Augen ebenfalls eine Selbstverständlichkeit. Gute Arbeit muss gut bezahlt werden.

Auf Initiative der SPD ist darüber hinaus die Berlin-Zulage eingeführt worden. Monatlich 150 Euro mehr bekommen heute Landesbedienstete, wenn sie nicht in den höchsten Lohngruppen

arbeiten. Polizistinnen, Feuerwehrleute, Angestellte in den Grünflächenämtern, Ordnungsämtern oder Baubehörden – für sie alle wird damit ihre eigene Stadt einen Schritt weit bezahlbarer. Flankiert wurde diese Erhöhung des Gehalts noch durch bessere Tarifverträge, die vielen Menschen in Berlin darüber hinaus das Leben zumindest finanziell erleichtern werden.

In den ersten Jahren der jungen Bundesrepublik verfestigte sich eine Vorstellung davon, wie die neue deutsche Gesellschaft aussehen sollte. Es entstand die Idee von der Sozialen Marktwirtschaft. Diese

Idee geht auf den Konservativen Ludwig Erhard zurück. Aber sie wurde in ganz zentralen Punkten von sozialdemokratischen Kanzlern und MinisterInnen ausgearbeitet, weitergetrieben und umgesetzt. Wenn man so will, dann ist unsere „Vision von der Bezahlbaren Stadt für alle“ so etwas wie die Soziale Marktwirtschaft für Berlin. Ich finde, das ist eine Idee, an der wir auch in den kommenden fünf Jahren unbedingt weiter bauen und feilen müssen. Damit wir unserem Ziel noch näherkommen: einer Stadt für wirklich alle, in der alle gerne leben und sich niemand Sorgen um seine Existenz machen muss.

Gute sozialdemokratische Politik für eine gute und gerechte Zukunft

von Michael Müller

Es ist eine Binsenwahrheit, und doch muss man es immer wieder sagen – gerade denen, die die SPD schon abgeschrieben zu haben scheinen: Wahlen werden nicht in Umfragen gewonnen oder verloren, sondern am Wahltag! Bis dahin werden wir als SPD und Bundestagskandidat*innen einen engagierten Wahlkampf führen und von unseren Inhalten überzeugen.



Michael Müller

Regierender Bürgermeister von Berlin und Bundestagskandidat in Charlottenburg-Wilmersdorf

© Senatskanzlei / Lena Giovanazzi

Und gerade die letzten Tage der furchtbaren Flutkatastrophe haben gezeigt, dass Olaf Scholz mit seiner besonnenen, anpackenden und die Lage richtig einschätzenden Art Politik zu machen, Kanzlerformat hat. Seine Konkurrenten konnten einmal mehr auch in der Krise nicht überzeugen. Das merken die Menschen und so wächst auch das Vertrauen in Olaf Scholz.

Aber: Die derzeitigen Umfragen um die 15% für die SPD (Stand Ende Juli, Anm.d.Red.*) sind bitter, denn sie spiegeln die guten Leistungen unserer sozialdemokratischen Regierungsmitglieder keineswegs wider.

Jedoch haben wir in den letzten Jahren auch gelernt, dass die Wählerinnen und Wähler sehr volatil in ihrem Wahlverhalten sind. Das sieht man auch in den letzten Wochen am Umfragen-Auf und Ab bei der Union und den Grünen. Da ist noch in alle Richtungen viel Bewegung möglich. Ein unbedachter Satz, die falsche Mimik, eine Ungenauigkeit im Lebenslauf – und schon kann alles anders sein. Gerade die Flutkatastrophe wird zeigen, wie sich die Interessen und Wahloptionen der Bürger*innen wieder verschieben.

Für die SPD heißt das aber auch, dass sie weiterhin überzeugende Konzepte für die Klima- und Energiewende liefern muss. Ich habe da keine Bedenken. Denn wie in vielen anderen Bereichen der großen Koalition sind auch hier mit Svenja Schulze und Olaf Scholz SPD-Regierungsmitglieder die entscheidenden Aktivposten in der Bundesregierung.

Auf den Kandidaten UND das Programm kommt es an

Zu unserem guten Kanzlerkandidaten kommt zudem ein tolles SPD-Wahlprogramm. Es macht richtig Spaß, darin zu lesen. Denn das oberste Ziel, den Wandel in der Arbeit sowie bei der Klima- und Energiewende sozial zu gestalten, ist die wichtigste Herausforderung unserer Zeit, für die die SPD die richtigen und vor allem sozial ausgewogenen Antworten gibt.

Die klare sozialdemokratische Orientierung kann man bei den zentralen politischen Themen durchdeklinieren. Ganz gleich, ob es um Arbeit, Klima, Digitalisierung, Bildung oder - ganz wichtig - unseren Sozialstaat geht.

Ich selbst habe hier zum Beispiel angesichts des Wandels der Arbeit und des Sozialstaats unter dem Druck der Digitalisierung mit dem Solidarischen Grundeinkommen (SGE) eine eigene, das Bürgergeld ergänzende Idee zur Überwindung von Hartz IV entwickelt. In Berlin setzen wir das SGE erfolgreich um. Dafür will ich mich auch auf Bundesebene einsetzen, denn das SGE hat gerade auch in der Coronakrise gezeigt, dass es arbeitslosen Menschen schnell wieder eine Chance gibt, aus der Langzeitarbeitslosigkeit raus zu kommen, bevor sich diese verfestigt.

Programmatisch zeigt die CDU mit ihrem Wahlprogramms einmal mehr, dass von ihr nichts Neues zu erwarten ist. Sie schließt auch aus, dass stärkere Schultern und vor allem diejenigen, die nicht nur gut durch die Krise gekommen sind, sondern oftmals sogar noch an ihr verdient haben, an der Refinanzierung der Krisenausgaben beteiligt werden. Hinzu kommt jetzt die milliardenschwere Aufgabe des Wiederaufbaus der von der Flut heimgesuchten Regionen. Hier muss schnell und unbürokratisch geholfen werden. Zudem muss beim Wiederaufbau umfangreich für zukünftige ähnliche Ereignisse vorgebeugt werden.

Die Union bleibt also ihrem Mantra treu, die großen Einkommen zu schonen und verhindert so auch weiter die endlich fällige Vermögenssteuer für große Vermögen.

Das Mietenproblem, die Klimakrise, Deutschland als Zukunftsstandort, gute Arbeit, die Überwindung der Pandemie. Mit einer klassischen konservativen Weiter-So-Politik wie in der CDU-Programmatik lassen sich diese Probleme nicht lösen.

Und das macht auch eins klar: Wir müssen endlich einsehen, dass man an der Seite der Union nichts gewinnen kann. Wir müssen jetzt für klare Machtoptionen jenseits von CDU/CSU stehen. Von Rot-Grün-Rot bis Rot-Grün-Gelb ist da vieles denkbar. In diesen beiden Koalitionen könnte man definitiv modernere und fortschrittlichere Politik machen. Und genau das will die SPD! Das will ich als Ber-

liner Chef einer Rot-Rot-Grünen Koalition künftig im Bundestag mittragen.

Dafür stehe ich als Bundespolitiker

Eins der für die SPD zentralen Themen bleibt die Wohnungspolitik. Und wir haben gerade wieder beim Thema CO₂-Bepreisung im Mietbereich gesehen, dass die Union, wenn es eng wird, immer auf der Seite der Vermieter steht. Für die SPD und für mich ist gerade auch aufgrund meiner Berliner Erfahrungen klar: Wir brauchen mehr, nicht weniger Mietenregulierung und dafür unter anderem ein bundesweites Mietmoratorium. Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau und wir brauchen eine gerechte Verteilung der Kosten für Klima und Umweltschutz im Mietwohnungsbereich.

Und auch das ist mir als Wissenschaftssenator sehr wichtig: Die Corona-Pandemie hat bewiesen, welche enorme Wichtigkeit der Wissensstandort Deutschland zur Bewältigung der Pandemie hat. Natürlich zuerst im medizinischen Bereich, aber auch bei der Transformation, die enorm beschleunigt wurde durch die Pandemie – nicht nur in Fragen der Digitalisierung oder modernen hybriden Arbeitens.

Wissenschaft und Forschung müssen in der nächsten Legislaturperiode auf Bundesebene deutlich stärker unterstützt werden – finanziell und ideell. Gerade auch, wenn es um eine intelligente Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft geht.

Zudem zeigt mir meine Erfahrung als Regierender Bürgermeister und Wissenschaftssenator, dass ein moderner, konkurrenzfähiger Wirtschaftserfolg eng verknüpft ist mit Wissenschaft und Forschung. Denn dadurch wird der Standort attraktiv für StartUps und die Digitalisierungsbranche. Das schafft Arbeit und Wirtschaftswachstum. Berlin lag zum Beispiel vor der Pandemie lange Zeit beim Wirtschaftswachstum deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Wir konnten die Arbeitslosigkeit aus der Nachwendezeit mehr als halbieren. Über 80.000 Arbeitsplätze sind in den StartUps und der Digitalisierungsbranche entstanden. Daran werden wir jetzt anknüpfen, denn diese Bereiche haben sich in der Pandemie als äußerst resilient gezeigt.

Das beweisen auch die neuesten Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt. 2020 lag Berlin 5% über dem Bundesdurchschnitt. Erstmals zieht die Hauptstadt Berlin den Bund im BIP nach oben. Da bleiben wir dran. Denn dieser Erfolg ist eben kein Zufall, sondern Ausdruck der innovativen und modernen Positionierung Berlins als Denk- und Wirtschaftsstandort. Und angesichts des Drucks der Transformation ist Berlin damit beispielhaft für viele Bereiche der deutschen Wirtschaft.

Bessere Wohnung gefunden? Günstigeres Bankkonto eröffnet? Frisch vermählt? E-Mail-Adresse gewechselt?

Die SGK Berlin gratuliert herzlich zu diesen erfreulichen Ereignissen.

Allerdings nicht, ohne auf die sorgenvollen Blicke unseres Schatzmeisters und Geschäftsführers hinzuweisen. Die erfahren nämlich nichts automatisch von neuen Adressen, Kontodaten, Familiennamen – und dürfen dann mühsam nachforschen.

Daher: Die SGK teilhaben lassen mit einer kurzen E-Mail an info@sgk-berlin.de

Von besonderer Bedeutung ist der Wissenschaftsbereich, wenn wir uns mit modernen Konzepten für die Klima- und Energiewende einsetzen wollen. Nach den furchtbaren Ereignissen der letzten Wochen müsste eigentlich auch dem letzten klargeworden sein, dass die Wissenschaft mit ihren Warnungen und Vorschlägen Recht hatte. Wissenschaft und Forschung sind unsere größten und wichtigsten Verbündeten für eine gute, klimagerechte und damit sichere Zukunft.

Eine kluge Mobilitätswende

Auch bei der Mobilitätswende haben wir in Berlin die richtigen Weichen gestellt und können mit einem intelligenten, fossilfreien Mobilitätsmix beispielhaft zeigen, wie Mobilität im 21. Jahrhundert möglich ist. Denn auch da wird sich in ganz Deutschland viel bewegen müssen.

Auch die Bundes-SPD geht hier den absolut richtigen Weg hin zu einem modernen, CO₂-freiem Verkehrsmix. Dazu gehören natürlich mehr Ladepunkte für die zunehmende Elektromobilität, mehr und besserer ÖPNV und sichere Angebote für Radfahrende.

Auch passt meine Initiative gut, in Berlin als mit Abstand größter deutscher Metropole ein 365-Euro-Ticket einzuführen.

Gerade musste der Bund weitere Milliarden für die Unterstützung von ÖPNV-Unternehmen zusagen, da diese durch Corona in Schieflage geraten sind und auch an Vertrauen verloren haben. Ein Ticket für den Nahverkehr für 1 Euro am Tag ist genau die richtige Maßnahme, den Anspruch wieder zu erhöhen und mehr Fahrgäste zurückzugewinnen. Und ich bin sicher, viele werden dann das Auto stehen lassen und lieber umweltschonend, günstig, stau- und stressfrei mit dem ÖPNV in die Innenstadt fahren.

Aus Charlottenburg-Wilmersdorf in den Bundestag

Als Bundestags-Spitzenkandidat der SPD Berlin stehe ich für eine moderne Metropolenpolitik, die allen eine gute Lebenschance geben möchte. Und als Direktkandidat für Charlottenburg-Wilmersdorf kandidiere ich in einem Innenstadtbezirk mit mehreren Hochschulen und vielen Forschungseinrichtungen, großartigen Kulturinstitutionen und leider auch den klassischen Innenstadtproblemen von Verkehr bis zu steigenden Mieten.

Ich habe vor 10 Jahren im Senat als Stadtentwicklungssenator begonnen. Die Themen Wohnen und die Gestaltung einer Stadt für alle sind mir auch als Regierender Bürgermeister immer wichtig gewesen. Ich habe auf Bundesebene in diesem Bereich den Koalitionsvertrag verhandelt und im SPD-Parteivorstand in der „Wohnungs- und bodenpolitischen Kommission“ die wesentlichen Inhalte unseres Programmes erarbeitet.

Die SPD ist immer eine Fortschrittspartei gewesen. Der derzeitige digitale Wandel ist spannend und voller Herausforderungen. Diese Transformation sozial zu gestalten, das ist mir wichtig. Und da geht es am Ende um eine gute Sozial-, Arbeitsmarkt-, Klima-, Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik. Das sind in den letzten Jahren meine zentralen Themen gewesen.

Genau dafür möchte ich nach dem 26. September in der Bundestagsfraktion arbeiten.

** Anmerkung der Redaktion: Meinungsumfragen sind bekanntermaßen stets nur eine Momentaufnahme. Gern erwähnen wir hier die zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses aktuellste Befragung. Das Institut INSA ermittelte mit Stand 21.8. im Auftrag der „BILD am Sonntag“ bei der Sonntagsfrage folgende Werte für die Bundestagswahl: CDU 22 %, SPD 22 %, Grüne 17%. Zugegeben: Diese Zahlen sind in einer Zeitschrift mit längerem Vorlauf schon wieder Schnee von gestern.*

Bürgerämter müssen dauerhaft gestärkt werden

Auch nach der Corona-Pandemie warten mehr Aufgaben

von Oliver Igel

Es ist nicht das erste Mal, dass die Situation in den Bürgerämtern zu einem heißen Sommer in der Öffentlichkeit und den Bezirksämtern führte. Es ist sogar jedes Jahr so, dass die Nachfrage kurz vor den Ferien und in der Sommerzeit stark ansteigt – man will eben in den Urlaub mit einem gültigen Pass oder einen internationalen Führerschein oder benötigt nach den Ferien für einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz ein Führungszeugnis. Diesen Sommer war die Situation schärfer als in den letzten Jahren.

Die Nachfrage ist enorm, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerämter kommen schon lange nicht mehr dem wachsenden Bedarf an Terminen nach. Das ist nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger frustrierend, die weder online noch über die Telefonnummer 115 einen Termin buchen können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen ebenfalls unter einem immensen Druck. Über den gesamten Zeitraum der Corona-Pandemie waren Bürgerämter, Standesämter und Einbürgerungsbehörden geöffnet – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben nah an den Menschen gearbeitet. Zum Teil mussten aber auch Bürgerämter im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Pandemie eingesetzt werden: als Teams für die Kontaktnachverfolgung oder als Call-Center. In dieser Zeit und durch die bis heute geltenden Kontaktbeschränkungen und Abstandsregelungen konnten die Bürgerämter nicht 100 Prozent ihrer Leistungskraft entfalten – ein erheblicher Rückstau ist entstanden, denn Wohnungsumzüge finden dennoch statt, Pässe und Ausweise laufen ebenfalls ab. So hat sich eine Bugwelle an nicht erledigten Dienstleistungen aufgestaut. Und die Bürgerinnen und Bürger verlangen zurecht nach Erledigung ihrer Dienstleistungswünsche. Ob eine Ummeldung nach einem Umzug, ein neuer Personalausweis, ein Reisepass, ein Führungszeugnis, den Berlin-Pass oder einen internationalen Führerschein – die Bürgerinnen und Bürger Berlins sind auf funktionierende Bürgerämter in der Stadt angewiesen. Und das ist nur ein Ausschnitt der Dienstleistungen.

Dass es sehr schwer ist, Termine zu buchen, hat sich in der Stadt herumgesprochen. Inzwischen schauen Bürgerinnen und Bürger schon freiwillig in ihren Personalausweis, wann dieser abläuft und versuchen schon Monate vor dessen ablaufender Gültigkeit, einen Termin zu ergattern. Ungewollt steigern sie damit noch mehr die Nachfrage und verschärfen das Problem zusätzlich. Es ist kein Vorwurf, dass während der Corona-Pandemie – die ja auch noch nicht vorbei ist – nicht alle Dienstleistungen erfüllt werden konnten. Und deshalb muss jetzt etwas getan werden.

Es bedarf mindestens bis zum Jahresende entschlossenen Handelns, um die nicht erledigten Dienstleistungen zu erbringen und neue Aufgaben (Führerscheinumtausch) angehen zu können. Es müssen daher sofort umfangreiche personelle Unterstützungen für alle Bürgerämter in Berlin erbracht werden. In einem Zehn-Punkte-Plan als Sofortprogramm für Berlins Bürgerämter habe ich im Wesentlichen auf die Personalsituation abgehoben: das Personal ist der Schlüssel – auch für eine dauerhafte Lösung. Gerade weil es mehr Aufgaben geben wird und nicht weniger, weil die Nachfrage weiter steigen wird, muss es auch dauerhaft mehr Personal geben. Ein Anfang wären insgesamt 100 finanzierte Beschäftigungspositionen. Das entspricht etwa der Zahl der unbesetzten Stellen. Hilfe ist bei deren Ausbildung notwendig. Das müssen die Kolleginnen und Kollegen in den Bürgerämtern nebenbei machen – zulasten der Termine, aber immerhin mit der Aussicht, bald voll ausgebildete und einsetzbare Kolleginnen und Kollegen zu bekommen. Es darf auf jeden Fall

nicht am Geld scheitern, zusätzliches Personal einzustellen. Weitere Punkte sind: Auszahlung von Überstunden, Stärkung mobiler Angebote und eine Entlastung der Bürgerämter bei Aufgaben als Wahlamt durch den Senat. Für eine mittel- und langfristige Entlastung der Bürgerämter sollten technische Neuerungen rasch eingeführt werden, die mehr Dienstleistungen ohne persönliches Erscheinen im Bürgeramt ermöglichen. Sollten dem noch andere rechtliche Grundlagen entgegenstehen, müssen diese neu gefasst werden.



Oliver Igel
Bezirksbürgermeister
Treptow-Köpenick

Wir müssen den Blick auf das Personal richten. So geht die Diskussion über die Öffnungszeiten völlig fehl: ein Bürgeramt, welches 50 Stunden die Woche geöffnet wäre, in dem aber nur zwei, drei Mitarbeiter sitzen, kann auch nicht mehr leisten. Die Forderung nach Öffnungszeiten von 37 Stunden pro Woche ist deshalb eine Scheindebatte. Das Bezirksamt, welches bisher als einziges länger als 37 Stunden geöffnet hat, hat inzwischen zugegeben, dass die Mitarbeiter gar nicht 37 Stunden direkt am Bürger arbeiten, sondern auch im Backoffice Aufgaben erledigen und nur ein Teil in der Sprechstunde anwesend ist.

Ein Ziel eint uns: die Situation in den Bürgerämtern soll kein „Und täglich grüßt das Murmeltier“ werden. Deshalb müssen alle Bezirke mit einer Stärkung des Personals an einem Strang ziehen – und der Senat dies finanziell unterstützen. Dazu gehört auch, eine Lösung bezüglich der Anmietung von Gebäuden zu finden, um neue Standorte zu eröffnen, wenn genügend Personal da ist. Wer einmal eine Debatte mit Senat und Abgeordnetenhaus zum Thema Anmietung erlebt hat, wird nicht freiwillig auf die Idee kommen, sich irgendwo etwas zu suchen, wo ein neuer Bürgeramtsstandort mit genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eröffnet werden könnte. Hier muss es einen gemeinsamen Willen geben, die Angebotspalette an Standorten mit genügend Personal zu erweitern.

Stadtrundgang

**Der Rote Wedding –
Rund um den Nettelbeckplatz**

am

Sa, 25. September 2021

Die Teilnahme kostenlos, Anmeldung aber unbedingt erforderlich. Nähere Infos unter www.august-bebel-institut.de

**ABI
August Bebel
Institut**

Sechs Thesen zur Verwaltungsmodernisierung in Berlin

von Dr. Frank Nägele

1. Berlin ist einzigartig. Copy and Paste hilft nicht.

Berlin hat eine einzigartige Geschichte – und deshalb eine einzigartige kulturelle und strukturelle Prägung. Es hatten sich selbstbewusste, starke Städte zu Großberlin zusammengeschlossen, ohne dass ein mächtiges Zentrum agiert. Kluge Politiker haben gegen enorme Widerstände einen Teil ihrer Macht abgegeben, um Stadt zu organisieren. Es sollte eine handlungsfähige, aber keine starke zentrale Regierung entstehen. Es waren die Bezirke, die sich selbstbewusst Gestaltungskraft sicherten – und das bis heute. Um die Stadt heute zu verstehen, ist außerdem ein Blick auf die Zeit der Teilung wichtig. West- wie Ostberlin waren unter Käseglocken. Es entstanden eigene, üppig ausgestattete Verwaltungsstrukturen und –kulturen. Mit der deutschen Vereinigung wurden Finanzströme abrupt gekappt, während völlig neue Herausforderungen zu bewältigen waren. Es drohte der administrative Offenbarungseid. Mit Blick auf diese Geschichte und die damit verbundenen Erfahrungen helfen keine Lösungen „von der Stange“.



Dr. Frank Nägele

Staatssekretär (Senatskanzlei) für Verwaltungs- und Infrastruktursteuerung

© Senatskanzlei / Lena Giovanazzi

2. Die richtige Kultur ist das A und O.

Die strukturellen Prägungen aus Großberlin-Zeiten und die kulturellen Prägungen aus den „kuschligen“ Mauerzeiten mit der Nahtod-ähnlichen Erfahrung des schieren Verwaltungskollapses der 90er und 2000er Jahren nährten eine in weiten Teilen der Berliner Verwaltung anzutreffende Kultur des Ja-Nicht-Zuständig-Seins, des Bloß-Nichts-Neues-Ausprobieren-Wollens und des Wird-Sich-Schon-Irgendwie-Erledigen-Denkens. Zuschreibungen wie „Hauptstadt der organisierten Unzuständigkeit“, Behörden-PingPong oder „Failed City“ gründen auf diese Kultur, die gefördert wird durch eine überkomplexe Struktur, in deren Folge kaum eine Einheit allein für ein Projekt oder eine Problemlösung zuständig ist. Diese gewachsene, nicht zeitgemäße Verwaltungskultur gilt es angesichts der heutigen Herausforderungen zu verändern: es braucht eine klarere Struktur, verortbare Verantwortlichkeiten und gute Führung.

3. Führung entscheidet über Veränderungsfähigkeit.

Das ist eine Binse – und zugleich der Schlüssel zu Veränderung in Berlin. Wichtig ist: Führung beginnt auf der obersten Ebene – in den Bezirken wie im Senat. Essentiell ist hier die Erkenntnis, dass wir über kommunale Verwaltung – auch auf der obersten Ebene – sprechen und eher seltener von einer klassischen Landesverwaltung. Das Funktionieren der Stadt ist **kommunale** Verantwortung und muss sich in den Führungsfähigkeiten auf allen Ebenen spiegeln. Auch bei der Auswahl von StaatssekretärInnen oder StadträtInnen. Selbst SenatorInnen brauchen Kompetenzen für gute Führung, für

Delegation von Verantwortung und für Veränderungsbereitschaft. Entscheidend ist, dass Veränderung nicht als einmaliger Vorgang missverstanden wird: nur durch beständige Veränderungs- und Anpassungsprozesse kann Verwaltung den Anforderungen einer modernen Stadt gerecht werden. Gewinnen werden wir den Wettlauf mit den Erwartungen der BürgerInnen, dem Arbeitsmarkt und mit der technischen Entwicklung nur, wenn wir lernen, uns schneller zu verändern, den veränderten Gegebenheiten anzupassen.

4. Die Digitalisierung kann Modernisierung nicht ersetzen.

Wichtig ist, dass wir die Hoffnung nicht zuerst in die Digitalisierung setzen. Denn Digitalisierung verbessert weder Prozesse noch Strukturen, sondern ist ein technisches Mittel zum Zweck. So braucht die gute digitale Verwaltung zunächst schlanke Verwaltungsprozesse und klare Zuständigkeitsregelungen. Die Digitalisierung der Verwaltung muss verzahnt sein mit dieser Modernisierung – auch institutionell. Beides muss in die Hand der Chefin oder des Chefs im Roten Rathaus liegen.

5. Bestehende Strukturen lassen sich nicht brechen.

Die notwendigen Veränderungen lassen sich nicht mit der Brechstange erreichen. Verwaltungen haben ein enormes Beharrungsvermögen. Diese Erfahrung sammelten auch die Berlin-Modernisierer der Nuller- und der Zehner-Jahre dieses Jahrtausends. Das gilt auch für Strukturen. Organische, lernende Entwicklung ist der Schlüssel für Veränderung in Organisationen, deren genetische Grundprägung aus Verlässlichkeit, Konstanz und Unverzichtbarkeit besteht. Jede Modernisierungsdiskussion in Berlin muss das beherzigen. Die Thesen der schöpferischen Zerstörung sind nicht auf Verwaltungsprozesse, Verwaltungsstrukturen und Verwaltungspersonal anwendbar. Wir brauchen einen Berliner Weg, der die Berliner Besonderheiten berücksichtigt und mit neuer Berliner Entschlossenheit diese wunderschöne Stadt anschlussfähig an die Zukunft macht.

6. Der Zukunftspakt Verwaltung wirkt. Nun sollten wir uns mit Augenmaß an die Verfassung wagen.

Mit Blick auf die Geschichte und die Rahmenbedingungen hat der Senat seit 2018 mit dem Zukunftspakt Verwaltung wichtige Weichen in die richtige Richtung gestellt. Zielvereinbarungen sind als Standardinstrument der Zusammenarbeit von Senat und Bezirken im AZG festgeschrieben, die Konturierung der bezirklichen Geschäftsbereiche ist normiert, die Bezirksbürgermeister sind im Rahmen des verfassungsrechtlich Möglichen gestärkt. Im nächsten Schritt geht es darum – vor allem durch Veränderung der Berliner Verfassung –, gezielt die Steuerungskraft der Senatsverwaltungen und die Umsetzungskraft der Bezirke weiter zu stärken.

Unbedingt diskutieren sollten wir dafür auf Bezirksebene die Schaffung eines politischen Bezirksamts, in dem der Bezirksbürgermeister Personalhoheit und Weisungskraft hat und die Stadträte unabhängig von den BVV-Wahlen besetzt werden.

Auf Senatsebene sollte es gehen um die gezielte Stärkung des Rathauses, um die steuernde Verantwortung der Senatsverwaltungen zu koordinieren und politisch zu orchestrieren, die klare organisatorische Absichtung von operativen Aufgaben der Senatsverwaltungen (auf

Landesämter, Bezirke etc.), um der Steuerungsverantwortung mehr Raum zu geben, und eine Selbstverständnisklärung im Abgeordnetenhaus, damit die operative Eingriffstiefe des parlamentarischen Handelns nicht umfassender ist als auf Senatsebene.

Im Zusammenspiel von Bezirks- und Senatsebene schließlich geht es um die Festlegung von Zielvereinbarungen als Standard-Steuerungsinstrument mit klaren steuernden Impulsen (Bonus-

/Malusregelungen, Interventionsmöglichkeiten), um Augenhöhe zu erreichen, die Verankerung einheitlicher Geschäftsbereiche für die Stadträte mit korrespondierenden Verantwortlichkeiten auf Senatsebene und die Diskussion der Finanzbeziehungen, weil die in der Verfassung verankerte Finanzierung der Bezirke über das Globalsummenbudget mit der Steuerung über Zielvereinbarungen nicht synchronisiert ist.

Termin beim Bürgeramt in Berlin?

Kommunalpolitik für Fortgeschrittene –
eine Reflexion zu gemeinsamer Verantwortung von Bezirken und Senat

von Sabine Smentek

Alle sind sich einig: Bürgerämter sind die Visitenkarte von Politik und Verwaltung – hier wird entschieden, ob Bürgerinnen und Bürger ihre Kommune als bürgernah oder bürokratisch – serviceorientiert oder gleichgültig wahrnehmen. Warum gerade Bürgerämter? Sie sind der häufigste Kontakt, den Bürgerinnen und Bürger „zum Amt“ haben.

Das Berliner Konzept des Bürgeramtes sieht vor, dass viele Angelegenheiten nicht beim Fachamt sondern eben im Bürgeramt erledigt werden können. In Berlin werden hier 67 Dienstleistungen angeboten – nicht nur Personalausweis, Reisepass oder Anwohnerparkausweise werden hier beantragt. In Hamburg werden in den Bürgerämtern nur halb so viele Dienstleistungen angeboten, dafür sind in den dortigen Bürgerämtern aber bezogen auf die Einwohnerzahl genauso viele Menschen beschäftigt. ... Hier liegt der Schlüssel für zeitnahen Service.

Mit der digitalen Verwaltung kam in Berlin die Idee für einen besseren Service in der ganzen Stadt auf: Bürger*innen müssen nicht in ihrem Bezirk zum Bürgeramt sondern können ihre Angelegenheiten in jedem der über 40 Bürgerämter erledigen – z.B. in der Mittagspause oder auf dem Weg zum Sport. Gute Idee – und technisch möglich, da alle Bürgerämter die gleiche Technik benutzen. Das bezirksunabhängige Angebot zog ein bezirksübergreifendes Terminmanagement nach sich. Termine kann man berlinweit online (www.service.berlin.de) oder beim Bürgertelefon 115 vereinbaren – wenn es denn welche gibt. ...

Moderne Verwaltung: einheitlicher Service, einheitliche Technik, mehr Personal als noch vor einem Jahr – und es gibt keine Termine?! Jeden Tag können derzeit alle Berliner*innen, Politiker*innen und Journalist*innen scheinbar das Scheitern der Verwaltung an der Terminübersicht im Internet ablesen: alles rot in den nächsten 6 Wochen – kein Termin frei. Was ist da passiert?

War es falsch, das 14-Tage-Ziel zu vereinbaren?

In der Koalitionsvereinbarung von r2g steht ein messbares Ziel für den Service der Bürgerämter: innerhalb von 14 Tagen soll es einen Termin in einem Bürgeramt für jede*n Bürger*in geben. Eigentlich kein Hexenwerk, oder? Aber keine Frage der Technik. Termine gibt es nur dann, wenn genügend Personal eingesetzt wird. Heute gibt es über 100 Beschäftigte mehr in den Berliner Bürgerämtern als zu Beginn der Legislaturperiode und noch immer ist das 14-Tageziel nicht erreicht. Einige Akteure stellen jetzt infrage, ob das Ziel selbst so sinnvoll ist. ... Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass 2 Wochen Wartezeit auf einen Termin in einer Verwaltung schon ziemlich lange ist. Bürger*innen kommen nicht freiwillig, sondern müssen aufgrund bestehender Gesetze zum Amt. Da ist es Aufgabe der Politik, ihnen dies auch zeitnah zu ermöglichen.

Ist Corona schuld am Terminchaos?

„Ja“ – durch den lockdown wurden im letzten Jahr berlinweit rund 250.000 Dienstleistungen weniger erbracht als im Jahr 2019. Da es sich hierbei überwiegend um Pass- und Meldeangelegenheiten handelt, haben sich diese Bürgeramtstermine nicht etwa erledigt – sie werden gerade nachgeholt. Aber wann, wissen wir nicht – es gibt keine Zeitvorgabe, wann man den Reisepass verlängert, wann also wie viele Bürger*innen für diese Dienstleistung in ein Bürgeramt kommen. Ja, Corona hat das Problem verschärft.



Sabine Smentek

Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Und gleichzeitig: „Nein“ – auch vor Corona war es keine Selbstverständlichkeit, innerhalb von 14 Tagen einen Termin zu bekommen. In den Wochen vor dem Ausbruch von Corona gab es Diskussionen zwischen Senat und Bezirken, wie das Terminangebot verbessert werden kann. Wenn Corona nicht gekommen wäre, hätte es möglicherweise eine viel größere Kontroverse zwischen Senat und Bezirken gegeben, auf welche Art das Serviceversprechen der Bürgerämter realisiert werden könne. Corona hat die Diskussion um mehr Termine nur um ca. 12 Monate unterbrochen. ... und durch den beschriebenen Rückstand das Problem verschärft. Seit 1. Juli ist wieder fast das gleiche Angebot möglich wie vor Corona.

Ist die Aufhebung der überbezirklichen Arbeit die Lösung?

In den letzten Wochen haben mehrere Bezirksbürgermeister*innen (übrigens aller politischer Farben) behauptet, wenn sie nur noch für Bürger*innen zuständig wären, die in ihrem Bezirk wohnen, dann gäbe es in ihrem Bezirk kein Problem. Interessante Aussage. ... Zum Einen ist in mehreren Bezirken seit Jahren weniger Personal vorhanden als in anderen (bezogen auf die Zahl der Einwohner*innen des Bezirks). Im Klartext übernehmen also andere Bezirke das Angebot für einige Bezirke mit. Würde die berlinweite Zuständigkeit aufgehoben, gäbe es in einigen Bezirken Warteschlangen rund um das Rathaus und in anderen Bürgerämtern gähnende Leere. Eine Zielvereinbarung, die hier eine gleiche Personalausstattung pro Einwohner*innen vorsieht, wird derzeit übrigens gerade in diesen Tagen nicht von allen Bezirken unterschrieben.

Ist das Modell der gemeinsamen Verantwortung nur für Zeiten, wo alle klappt, geeignet?

Zu Beginn der Legislaturperiode haben fast alle Bezirke euphorisch gemeinsame Standards und Kennzahlen für mehr Transparenz der Arbeit der Bürgerämter entwickelt. In dem Augenblick, wo Leistungsunterschiede durch das Monitoring deutlich wurde, in dem Augenblick, wo es ein Problem gab, schien das Interesse an gemeinsamen Lösungen nicht mehr bei allen vorhanden zu sein – ich meine hier sowohl Senat wie Bezirke. Noch immer werden nicht in allen Bezirken die Maßnahmen umgesetzt, die zu einem größeren Terminangebot führen würden. Noch immer stimmen die Beschäftigtenvertretungen nicht in jedem Bezirk zu, wenn vorübergehend und freiwillig Samstags oder Abends die Bürgerämter länger geöffnet bleiben sollen.

Aber es ist auch einges passiert – im Juli gab es 35.000 Termine mehr als im Mai – erstmals über 150.000 Termine pro Monat! Innerhalb von nur 11 Wochen wurde in Mitte ein zusätzliches Bürgeramt geschaffen. Zur Wahrheit gehört leider aber auch, dass die Bezirkspolitik außer SPD und Linke nicht gerade unterstützend dabei war. Trotzdem: Senat, Bezirk, BIM GmbH und ITDZ haben hier gemeinsam unglaubliches geleistet! In 8-10 Bezirken soll es längere Öffnungszeiten geben, auch Samstags. Über 40 Personen mehr arbeiten heute in den Bürgerämtern, 38 davon sind von der Senatsverwaltung für Inneres ausgewählt und den Bezirken zur Verfügung gestellt worden (Zur Wahrheit gehört auch hier leider, dass die Bezirke die möglichen 100 Beschäftigten nicht abgerufen haben....einige Bezirke haben keinen Bedarf an zusätzlichem Personal gemeldet.

In einigen Wochen stehen Koalitionsverhandlungen an... die neue Koalition wird mehrere Grundfragen beantworten müssen:

1. Bauen wir weiterhin darauf, dass alle Bezirke und alle Senatsverantwortlichen in allen Phasen einer Krise gemeinsam die Verantwortung für eine Aufgabe solidarisch wahrnehmen und die Krise lösen? Nach den Diskussionen der letzten Jahre im Bereich der Bürgerdienste bin ich nicht mehr so sicher...Nicht alle BezirkspolitikerInnen nehmen Verantwortung über ihren Kirchturm hinaus wahr. Nicht alle Senatsvertreter*innen arbeiten mit den Bezirken auf Augenhöhe – gerne wird den Bezirken zusätzliche Arbeit ohne zusätzliches Personal verordnet.

2. Wie viel Personal braucht man wirklich in den Bürgerämtern? Sich Hamburg hier zum Vorbild zu nehmen, bedeutet für die Berliner Bürgerämter dauerhaft mehr Personal als heute. Eine Arbeitsgruppe wird hier in den nächsten Wochen Ergebnisse vorlegen. Die Berliner Politik wird entscheiden müssen, für welche Aufgaben in der Berliner Verwaltung mehr Personal gebraucht wird. Bürgerservice wäre eine gute Prioritätenentscheidung.

3. Ist standardisierter Bürgerservice überhaupt eine kommunale Aufgabe im Sinne von kommunal zu gestalten? Oder ist eine zentrale Organisation besser in der Lage, auch dezentrale Standorte zu managen? Nach meinen Erfahrungen in den zentral gemanagten Kfz-Zulassungsstellen bin ich relativ unsicher, wie diese Frage zu beantworten sein wird. Wieso Kfz-Zulassungsstellen? Da ist doch gerade gar keine Krise?

Eben.

Baulandmobilisierungsgesetz – ein Gewinn auch für die Clubkultur von Cansel Kiziltepe

Mit der Abstimmung über das Baulandmobilisierungsgesetz im Deutschen Bundestag wurde auch über den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen SPD und CDU/CSU zur Clubkultur abgestimmt. Damit ist eine Grundsatzentscheidung des Bundestages zur Stärkung der Clubkultur getroffen worden.



Cansel Kiziltepe
Mitglied des Deutschen Bundestages

© Deutscher Bundestag / Inga Haar

Clubs sollen zukünftig wie andere Orte für Kunst und Kultur behandelt werden und nicht länger als Vergnügungsstätten, wie etwa Spielhallen. Durch diese Regelung hatten Clubs in städtebaulichen Konflikten bisher einen Nachteil. Sie wurden rechtlich nicht vor Verdrängung geschützt, fanden keine passenden Flächen in der Stadt und unterlagen strengeren Lärmschutzaufgaben. Die Beispiele in Berlin hierfür sind vielfältig und seit langer Zeit bekannt. Mit dem Entschließungsantrag werden die Clubs in der Stadtentwicklung nun endlich die nötige Berücksichtigung finden.

Clubs und Musikveranstaltungsorte bereichern unsere Kulturlandschaft und machen sie noch lebendiger. Sie bieten Freiräume

für Kreativität und Experimente. Darüber hinaus sind sie unglaublich wichtig für die musikalische Nachwuchsförderung. Sie sollen künftig auch rechtlich als das behandelt werden, was sie sind: ein unverzichtbarer Teil unserer vielfältigen Kulturlandschaft.

Lärmschutz und Clubs sind in Vergangenheit Ausgangspunkt vieler Konflikte gewesen. Daher wurde 2018 für Berlin der Lärmschutzfonds eingerichtet. Für den Lärmschutz ist jedoch der Bund zuständig, daher ist auch die Forderung nach einer zeitnahen Umsetzung der „Experimentierklausel Lärmschutz“ im Antrag enthalten. Mit der Einführung dieser Klausel noch in dieser Legislaturperiode können zahlreiche Nutzungskonflikte besser und flexibler gelöst werden.

Dieser Erfolg war nur durch das große Engagement der Mitglieder des Parlamentarischen Forums Clubkultur möglich. Mitglieder aus allen demokratischen Parteien haben sich dafür eingesetzt. Mit diesem Entschließungsantrag ist die Bundesregierung nun aufgefordert, die Regelungen anzupassen und für mehr Schutz unserer vielfältigen Kulturlandschaft zu sorgen. Das ist ein echter Meilenstein für die Clubkultur.

Noch kein SGK-Mitglied?

Das lässt sich ändern.

Beitrittserklärungen nimmt die Geschäftsstelle der SGK Berlin gern entgegen.

E-Mail: info@sgk-berlin.de
Tel.: 030 / 46 92 – 134

Generation Corona?

Warum wir jetzt einen Schwerpunkt auf Jugendpolitik setzen sollten

von Rona Tietje

Für Kinder und Jugendliche waren die letzten eineinhalb Jahre besonders schwierig. Monatelang geschlossene Schulen und Kitas, kaum Kontakt zu Gleichaltrigen, kein Sportverein, keine Party – viele hat das sehr belastet. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist in dieser Zeit überproportional gestiegen. Besonders dramatisch: Es leiden vor allem diejenigen, die es schon vorher schwer hatten. Beengte Wohnverhältnisse, prekäre Jobs der Eltern, Sprachschwierigkeiten, fehlende Unterstützung aus dem Elternhaus – Corona hat die sozialen Unterschiede wie durch ein Brennglas verschärft.



Rona Tietje

Bezirksstadträtin für Jugend, Wirtschaft und Soziales in Pankow

© Simone M. Neumann

Das ist ein gewichtiger Grund, den Fokus in den kommenden Jahren stärker auf Jugendpolitik zu setzen. Jugendpolitik darf sich nicht auf Bildungspolitik beschränken. Die Belange von Kindern und Jugendlichen müssen umfassend berücksichtigt werden, wenn alle gut durch die Krise kommen sollen. Das Programm „Aufholen nach Corona“, das Franziska Giffey als Bundesfamilienministerin auf den Weg gebracht hat, ist ein wichtiger Schritt. Es besteht aus vier Säulen. Die erste hat den Abbau von Lernrückständen zum Ziel und konzentriert sich vor allem auf Schule. Die zweite setzt bei den ganz Kleinen an: Mit der Unterstützung von Sprachkitas und der Bundesstiftung Frühen Hilfen. Die dritte beinhaltet den Ausbau außerschulischer Angebote und Ferienfreizeiten. Die vierte Säule schließlich stärkt die Sozialarbeit und Begleitung für Kinder im Alltag. Das Programm zeigt sehr gut, wie ein ganzheitlicher Ansatz funktionieren kann.

Auf Landes- und Bezirksebene ist es jetzt wichtig, Strukturen zu schaffen und zu erhalten, die langfristig angelegt sind. Mir sind hierbei vier Dinge besonders wichtig:

- 1. Früh anfangen:** Jugendpolitik beginnt nicht im Jugendclub. Sie ist dann besonders wirksam, wenn sie früh anfängt. Deshalb brauchen wir das Familienfördergesetz. Es ist die Grundlage dafür, dass wir in allen Berliner Bezirken vielfältige Angebote für die Unterstützung von Familien haben. Auch die Angebote der Frühen Hilfen, die Familien während der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren begleiten, müssen gestärkt werden.
- 2. Kein Sparen in der Krise:** Wir brauchen gut ausgestattete außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche, in denen gut bezahlte Fachkräfte arbeiten. Das Jugendfördergesetz war hier ein wichtiger Schritt. Es wird sein Ziel aber nur erreichen, wenn die Umsetzung konsequent fortgeführt und auch in den nächsten Jahren bei Angeboten für junge Menschen nicht gespart wird.
- 3. Mitreden lassen:** Klimakrise, Corona-Krise, Wirtschaftskrise – viele Jugendliche haben das Gefühl, dass ihre Generation von Herausforderungen überrollt wird. Umso wichtiger ist es für sie, zu erleben, dass ihre Stimme gehört wird. Kinder- und Jugendbeteiligung muss Standard in der Verwaltung sein – nicht nur im Jugendamt, sondern in allen Ämtern.
- 4. Stadt für Jugendliche:** Kinder sind im öffentlichen Raum weitgehend akzeptiert. Jugendlichen wird oft kein Raum zugestanden – aus Angst vor Lärm, Müll etc. Corona hat das Misstrauen noch verschärft, weil die Medien ständig von sog. „Corona-Partys“ in Parks berichten. Oft können sich Jugendliche aber nur draußen treffen. Hier muss in der Stadtplanung neu gedacht werden. Es braucht mehr Plätze für Jugendliche – und mehr Akzeptanz durch uns Erwachsene.

Gute Jugendpolitik braucht auch immer engagierte Menschen, die sie vertreten. Deshalb wünsche ich mir, dass wir auch in der kommenden Wahlperiode viele Bezirksverordnete und Bürgerdeputierte für die Mitarbeit in den Kinder- und Jugendhilfeausschüssen gewinnen können. Gerade jetzt braucht Jugend mehr denn je eine gewichtige Lobby!

Veranstaltungstipp

Difu-Online-Sprechstunde:

Klimaschutzkonzept und -management: Förderung des BMU

Schwerpunkte der Sprechstunde:

- Förderwissen zu den Förderschwerpunkten Erstvorhaben, Anschlussvorhaben und Ausgewählte Maßnahme
- Tipps zu Dokumenten, Tools und Formularen zur Vorbereitung eines Antrags
- Demonstration des Antragsportals „easy-Online“ und
- Zwei Fragerunden, in denen offene Punkte geklärt werden können.

Do, 23. September 2021, 10.00 bis 12.00 Uhr

Die Teilnahme ist kostenlos

Infos und Anmeldung: www.difu.de

Deutsches Institut für Urbanistik



Demokratie am Arbeitsplatz macht die EU fit für die Zukunft

von Gaby Bischoff

Europa nach der Krise: ein sozial nachhaltiger Wiederaufbau

Wir haben uns viel vorgenommen in der EU. Parallel zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft nach der Covid-19-Pandemie wollen wir die digitale Transformation der Arbeitswelt mitgestalten und dem Klimawandel entgegenwirken. Kein Wunder also, dass der Ruf nach einer Demokratisierung der Wirtschafts- und Arbeitswelt immer lauter wird – sei es aus der Wissenschaft oder aus der Praxis. Die Menschen wollen mitentscheiden, wie wir diese großen Herausforderungen angehen und selbst Lösungsvorschläge einbringen, statt unter die Räder zu geraten. Wie können wir sicherstellen, dass bei diesen Umwälzungen in der EU niemand auf der Strecke bleibt? Wie erreichen wir einen gerechten Übergang, bei dem Jobs erhalten bleiben und Nachhaltigkeitsstrategien umgesetzt werden? Die Antwort ist klar: mit einer starken Mitbestimmung.

Als die Wirtschaft während des Lockdowns heruntergefahren wurde, haben wir beispielsweise gesehen, dass Beschäftigte mit Tarifverträgen oder betrieblicher Interessenvertretung besser dastanden. Ihr Kurzarbeitergeld wurde in vielen Fällen zusätzlich aufgestockt und hatten am Ende des Monats mehr Geld zur Verfügung.

Die Mitbestimmung bleibt zu häufig auf der Strecke

Doch nicht alle Arbeitnehmer*innen konnten von der Kurzarbeit profitieren. Wir mussten beobachten, dass einige Unternehmen die Pandemie für Restrukturierungen genutzt haben – inklusive der Kürzung von Arbeitsplätzen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen wird ebenfalls steigen. In Berlin kann sicherlich jede*r mindestens eine Kneipe, ein Café oder einen Laden nennen, der die langen Schließzeiten nicht überstanden hat.

Unser Stadtbild wird außerdem zunehmend durch Fahrradfahrer*innen mit kastenförmigen Rucksäcken geprägt, die Einkäufe oder Essen ausliefern. Die wenigsten von ihnen können sich mit Fragen oder Problemen an einen Betriebsrat wenden oder sind sozial abgesichert.

Auch in Unternehmen mit einer gewählten Vertretung der Arbeitnehmer*innen berichten die Betriebsrät*innen, dass ihre Informations- und Konsultationsrechte in vielen Fällen ignoriert wurden. Darauf habe ich im vergangenen Jahr immer wieder aufmerksam gemacht: mit Briefen an die Kommission, in Online-Debatten oder mit der Unterstützung einer Petition der Europäischen Gewerkschaften.

Wenn Mitbestimmungsrechte umgangen werden, leiden nicht nur die Arbeitnehmer*innen. Denn bereits die Finanzkrise 2008 hat gezeigt, dass mitbestimmte Unternehmen besser aus schwierigen Zeiten hervorgehen. Studien zeigen, dass Unternehmen mit starker Mitbestimmung mehr ausbilden, Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern umsetzen und nachhaltiger agieren. Kurz gesagt: sie sorgen dafür, dass unsere Gesellschaft ein Stück weit fairer und gleichberechtigter wird.

Ein Initiativbericht für mehr Demokratie am Arbeitsplatz

Die EU ist nicht nur ein gemeinsamer Markt, sie ist eine Wertegemeinschaft und zu Recht stolz auf die einzigartige Errungenschaft ihres Sozialmodells mit Informations-, Konsultations- und Beteiligungsrechten für Arbeitnehmer*innen.

Allerdings gibt es aktuell fast 40 verschiedenen EU-Richtlinien in den Bereichen Arbeitsrecht, Gesellschaftsrecht sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz, die eine Beteiligung der Arbeitnehmer*innen

vorsehen. Es ist ein Flickenteppich aus unterschiedlichen, teilweise widersprüchlichen Regelungen entstanden, der zu einem Mangel an Rechtssicherheit für alle Beteiligten führt.



Gaby Bischoff

Mitglied des Europäischen Parlaments

© Waldemar Salesski

Aus diesem Grund habe ich im Juni 2021 einen Entwurf für einen Initiativbericht vorgelegt, der eine Verbesserungen an den bestehenden Gesetzestexten wie dem Gesellschaftsrechts oder der Eurobetriebsrats-Richtlinie fordert. Außerdem strebt mein Bericht Mindeststandards durch einen neuen EU-Rahmen für Unterrichtung, Anhörung und Mitarbeiterbeteiligung an. Am 01. Juli haben wir das erste Mal im Sozial- und Beschäftigungsausschuss über meinen Entwurf debattiert. In der anschließenden Anhörung haben führende Expert*innen aus verschiedenen Mitgliedsstaaten deutlich gemacht, wie dringend ein neuer EU-Rahmen für die Demokratie am Arbeitsplatz notwendig ist. Die Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmer*innen in der EU ist ein Menschenrecht und in der Charta der Grundrechte der EU verankert. Trotzdem bleibt dieses Recht vielen EU-Bürger*innen verwehrt und insbesondere marginalisierte Gruppen wie Saisonarbeiter*innen haben kaum Möglichkeiten, um sich gegen Willkür und Ausbeutung am Arbeitsplatz zu wehren.

Nun geht es darum, den Bericht mit Änderungsanträgen zu ergänzen, damit er im Herbst dieses Jahres im Ausschuss angenommen und für die Abstimmung im Plenum im November 2021 vorbereitet werden kann.

Die Demokratie am Arbeitsplatz sollte ein Schlüsselement zur Gestaltung des Wandels in der EU werden, damit Arbeitnehmer*innen eine Stimme haben und die Veränderungen in der Arbeitswelt mitgestalten und beeinflussen können. Sie dürfen diesem Transformationsprozess nicht machtlos unterworfen sein. Nur so können wir einen verantwortungsvollen und nachhaltigen Aufschwung für alle schaffen – in einem mitbestimmten Europa.

Binsenweisheit gefällig?

"Jede Zeitschrift ist nur so gut wie die Artikel, aus denen sie besteht"

Das Forum heisst nicht nur Forum, es ist auch eins. Die Redaktion nimmt gern Beiträge, Meldungen und Hinweise rund um die Berliner Kommunalpolitik entgegen:

info@sgk-berlin.de

Beitrittserklärung

zur Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V.

Hiermit erkläre ich mit Wirkung zum _____ meinen Beitritt zur SGK Berlin e.V.

Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Bezirk

Tel. privat

Mobil-Tel.

Tel. dienstlich

Fax

E-Mail-Adresse

Geburtsdatum

Beruf, beschäftigt bei

Ich bin Mitglied

der BVV

Bürgerdeputierte/r

des Bezirksamtes

im Bezirk _____

des Abgeordnetenhauses Berlin

des Deutschen Bundestages

Die Speicherung und Verarbeitung der Daten erfolgt ausschließlich für die Zwecke der Mitgliederverwaltung (Art.6 Abs.1 DSGVO).
Dazu erkläre ich mit meinem Beitritt meine Zustimmung.

Berlin, den _____ Unterschrift _____

Einwilligungserklärung

Ich bin damit einverstanden, dass die SGK Berlin die hier gemachten Adressangaben verwendet, um mit mir in Kontakt zu treten und mich über die Arbeit der SGK Berlin zu informieren. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Berlin, den _____ Unterschrift _____

Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die SGK Berlin e.V. (Gläubiger-ID-Nr. DE81ZZZ00001076181), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der SGK Berlin e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Meine Mandatsreferenz teilt mir die SGK Berlin separat mit. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Mein monatlicher Mitgliedsbeitrag in Höhe von

2,00 Euro

(Erwerbslose, Azubis, Studenten)

4,50 Euro

(Regelbeitrag)

9,00 Euro

(Abgeordnete, Bezirksamtsmitglieder)

wird halbjährlich zur Mitte des Halbjahres per Lastschrift eingezogen. Enthalten ist der Mitgliedsbeitrag an die Bundes-SGK.

Kontoinhaber (Name, Vorname)

IBAN

bei Kreditinstitut

Zahlung ab (Monat / Jahr)

Berlin, den _____ Unterschrift _____

Per Post an: SGK Berlin e.V., Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Per Fax an: 030 / 46 92 - 116

Per E-Mail an: info@sgk-berlin.de